

Protokoll der Auszählung der Wahlen 2025 zu Vorsitz, Vorstand und Hälfte des Konzils der DGS

Die elektronische Abstimmung wurde vom 21. Januar bis 18. Februar 2025 von Marcel Jablonka unter der Wahlleitung von Georg Vobruba (Universität Leipzig) und mit Unterstützung von Marcel Siepmann (DGS-Geschäftsstelle) durchgeführt.

Entsprechend der Anzahl der wahlberechtigten Mitglieder (Stand 18. Januar 2025) wurden 3.436 Wahlberechtigungen verschickt. 3.379 Mitglieder wurden per E-Mail angeschrieben, 61 postalisch. Wahlberechtigt für den Studentischen Beirat waren 148 studentische Mitglieder. Rückläufe wurden nach Adressermittlung erneut versendet.

Die folgenden Abstimmungsergebnisse wurden festgestellt:

1. Allgemein

Fristgerecht eingegangene Stimmabgaben:

| | | |
|--------------------------------------|---------|---------|
| Wahlbeteiligung insgesamt: | 1.619 | 47,12 % |
| Wahl der/des Vorsitzenden | 1.552 | |
| ungültige Nennungen und Stimmabgaben | 13 | |
| Wahlbeteiligung | 45,17 % | |
| Wahl des Vorstands | 1.569 | |
| ungültige Nennungen und Stimmabgaben | 10 | |
| Wahlbeteiligung | 45,66 % | |
| Wahl der Hälfte des Konzils | 1.528 | |
| ungültige Nennungen und Stimmabgaben | 48 | |
| Wahlbeteiligung | 44,47 % | |
| Wahl des Studentischen Beirats | 60 | |
| ungültige Nennungen und Stimmabgaben | 0 | |
| Wahlbeteiligung | 40,54 % | |

2. Wahl der/des Vorsitzenden

Von den 1.552 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

| | |
|-----------------------------------|-----------------|
| Monika Wohlrab-Sahr | 1.069 (69,64 %) |
| Jörg Strübing | 466 (30,60 %) |
| 1 Person mit 3 Stimmen | |
| 1 Person mit 2 Stimmen | |
| 9 Personen mit je einer Stimme | |
| 3 ungültige Nennungen im Freitext | |

Gewählt ist Monika Wohlrab-Sahr. Sie nimmt die Wahl an.

3. Wahl des Vorstandes

Von den 1.569 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

| | |
|---|-----|
| Sonja Schnitzler | 898 |
| Heike Delitz | 794 |
| Diana Lengersdorf | 730 |
| Angelika Poferl | 711 |
| Anna Wanka | 704 |
| Uta Karstein | 694 |
| Vivien Sommer | 681 |
| Julia Hahmann | 665 |
| Dirk Baecker | 605 |
| Daniel Witte | 570 |
| Tobias Boll | 558 |
| Roland Verwiebe | 505 |
| Clemens Albrecht | 239 |
| 2 Personen mit je 2 Stimmen | |
| 18 Personen mit je 1 Stimme | |
| 1 Person ohne DGS-Mitgliedschaft (ungültig) | |
| 1 ungültige Nennung im Freitext | |

Gewählt sind Sonja Schnitzler, Heike Delitz, Diana Lengersdorf, Angelika Poferl, Anna Wank, Uta Karstein, Vivien Sommer und Julia Hahmann. Mit Sonja Schnitzler und Vivien Sommer als Vertreterinnen der Statusgruppe Mittelbau gilt die nach §12 (2) der Satzung festgelegte Quotierung als erfüllt. Alle acht Personen nehmen die Wahl an.

4. Wahl der Hälfte des Konzils

Von den 1.528 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

| | | | |
|---------------------|-----|---|-----|
| Martina Löw | 825 | Takemitsu Morikawa | 388 |
| Nicole Burzan | 809 | Daniela Schiek | 374 |
| Sighard Neckel | 722 | Ute Volkmann | 367 |
| Stefan Hirschauer | 632 | Mirjam Fischer | 361 |
| Sina Farzin | 620 | Oliver Dimbath | 353 |
| Birgit Blättel-Mink | 616 | Oliver Berli | 347 |
| Christine Wimbauer | 564 | Johannes Becker | 337 |
| Katharina Hoppe | 528 | Bernd Sommer | 330 |
| Silke Steets | 502 | Knut Petzold | 279 |
| Katharina Inhetveen | 435 | Hawal Shamon | 277 |
| Maria Backhouse | 431 | Natalja Menold | 266 |
| Almut Peukert | 430 | Malte Uecker | 217 |
| Elisabeth Tuider | 417 | Claudius Härpfer | 183 |
| Sylka Scholz | 409 | 2 Personen mit je 2 Stimmen | |
| Kerstin Jürgens | 396 | 13 Personen mit je 1 Stimme | |
| Ronja Trischler | 370 | 3 Personen ohne DGS-Mitgliedschaft (ungültig) | |
| | | 1 ungültige Nennung im Freitext | |

Gewählt sind Martina Löw, Nicole Burzan, Sighard Neckel, Stefan Hirschauer, Sina Farzin, Birgit Blättel-Mink, Christine Wimbauer, Katharina Hoppe, Silke Steets, Anna Wanka, Katharina Inhetveen, Maria Backhouse, Almut Peukert, Elisabeth Tuider und Sylka Scholz. Da Anna Wanka in den Vorstand gewählt wurde und die Wahl annimmt, rückt Kerstin Jürgens auf diesen Platz nach. Da Sonja Schnitzler Mitglied der 2023 für die Amtszeit von vier Jahren gewählten Hälfte des Konzils ist, in den Vorstand gewählt wurde und ihre Wahl annimmt, rückt Takemitsu Morikawa für die verbleibende Amtszeit von zwei Jahren ins Konzil nach. Da mit den 16 Personen, auf die die höchsten Stimmanteile fallen, jedoch nicht die nach §11 (1) der Satzung festgelegte Quotierung des Konzils erfüllt wird, wird die gewählte Person der Statusgruppe Hochschullehrende mit dem geringsten Stimmanteil (Takemitsu Morikawa) durch die Person der Statusgruppe Mittelbau mit dem höchsten Stimmanteil aus der Gruppe der nicht-gewählten Personen (Ronja Trischler) ersetzt. Alle 16 Personen nehmen die Wahl an.

5. Wahl des Studentischen Beirats

Von den 60 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

| | |
|----------------------|----|
| Alina Anna Meyer | 37 |
| Leonie Theiding | 36 |
| Gloria Sherif | 35 |
| Thore Kugolowski | 24 |
| Felix Brinkmann | 19 |
| Alexander Postinett | 18 |
| Paul Schweppe | 18 |
| Ann-Kathrin Schierok | 17 |
| Sulin Ali | 14 |
| Vincent Kretschmer | 12 |

Gewählt sind Alina Anna Meyer, Leonie Theiding, Gloria Sherif, Thore Kugolowski, Felix Brinkmann und Alexander Postinett. Aufgrund von Stimmgleichheit auf dem sechsten Platz fiel der Losentscheid auf Alexander Postinett. Alina Anna Meyer, Leonie Theiding, Gloria Sherif, Thore Kugolowski und Alexander Postinett haben die Wahl angenommen.¹

Essen, den 26. Februar 2025

gez. Georg Vobruba
(Wahlleiter)

gez. Marcel Siepmann
(DGS-Geschäftsstelle)

¹ Von Felix Brinkmann lag bis zur Abgabe der Druckversion des Heftes noch keine Bestätigung vor.

Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre

Am 11. Juli 2024 publizierte die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz eine Stellungnahme unter dem Titel »Demokratiebildung als Auftrag der Schule«,¹ in der verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen wurden, die Schulen in die Lage versetzen sollen, ihrem Demokratiebildungsauftrag besser nachzukommen. Mehrere einschlägige wissenschaftliche Fachgesellschaften, unter anderem auch die DGS, befinden diese Stellungnahme als einseitig und vom aktuellen Stand der Forschung nicht gedeckt. Insbesondere argumentiert die SWK-Stellungnahme in Teilen abwertend gegenüber soziologischem Fachwissen und dessen Relevanz für schulische Demokratiebildung. Die Fachgesellschaften haben in einer kurzen Rückmeldung an die KMK bereits am 23. September 2024 Kritik an dem Papier angekündigt und diese am 19. Dezember 2024 in der nachfolgend hier wiedergegebenen Stellungnahme detaillierter argumentiert und veröffentlicht.

Jörg Strübing

Problematische Stellungnahme der SWK zu Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Fachverbände fordern eine Überarbeitung!

Die Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) mit dem Titel »Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung« setzt sich selbst das Ziel, »über Empfehlungen zur Bereitstellung kurzfristiger Unterstützungsmaßnahmen angesichts aktueller Konflikte und Krisen« hinauszugehen und Anstöße »für eine bessere Verankerung schulischer Demokratiebildung durch die Formulierung von Kompetenzzielen, die Weiterentwicklung von Curricula, die Weiterentwicklung von Unterricht, Schule sowie Lehrkräftebildung« zu formulieren. Dieses Ziel ist vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklung zu begrüßen, allerdings wird die Stellungnahme ihm in der aktuellen Form nicht gerecht.

¹ <https://www.swk-bildung.org/veroeffentlichung/>

Irreführende Problembeschreibung und fehlgeleitete Forderungen

Die SWK-Stellungnahme zeichnet sich durch eine verkürzte und zum Teil irreführende Beschreibung der Problemlage und der aus ihr abgeleiteten Forderungen aus, die weder auf wissenschaftlicher Ebene ausreichend begründet noch im Hinblick auf die praktische Ebene für die Stärkung der Demokratiebildung in der Schule förderlich erscheinen.

Hervorzuheben ist dabei die Forderung nach einer bundesweiten Vereinheitlichung von Standards der Demokratiebildung. Für sie fehlt in der Stellungnahme sowohl aus fachwissenschaftlicher als auch aus fachdidaktischer Perspektive eine solide Grundlage. Die Annahme, dass eine Vereinheitlichung der zu erreichenden Kompetenzen durch die Festlegung neuer verbindlicher Ziele die Verankerung der Demokratiebildung in der Schule grundsätzlich verbessern würde, wird im Rahmen der Stellungnahme nur unzureichend belegt. Sie repräsentiert aus politikdidaktischer Sicht auch nicht den aktuellen Forschungsstand in der deutschen fachdidaktischen Gemeinschaft, auch angesichts der bereits langjährigen Teilnahme von Bundesländern wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an internationalen Programmen der vergleichenden politischen Bildungsforschung und Kompetenzmessung. In der Stellungnahme werden darüber hinaus aufgrund des ausschließlichen Verweises auf ein bestimmtes, älteres Kompetenzmodell der Politikdidaktik heutige fachdidaktikwissenschaftliche Beiträge zu Demokratiekompetenzen, -fähigkeiten und -fertigkeiten wissenschaftlich nicht angemessen referiert. Angesichts einer seit Jahrzehnten plural strukturierten Disziplin, die sich durch international hoch anerkannte, unterschiedliche fachdidaktische Strömungen auszeichnet, besteht die Gefahr, dass einseitig und ohne hinreichende Begründung eine singuläre wissenschaftliche Perspektive curricular wirksam verankert wird. Auch bildungspolitisch zeigen bereits existierende KMK-Standards zur Lehrkräftebildung, die von allen Bundesländern umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt werden, anschaulich, dass (föderale) Vielfalt und Pluralität in der Demokratiebildung und in ihrer Forschung nicht als ein Hindernis, sondern als eine Stärke gesehen werden sollten. Eine zentrale Festlegung neuer Kompetenzen erscheint in diesem Kontext weder erforderlich noch wünschenswert.

Angesichts des besonderen Ziels der Stellungnahme, schulische Antworten gegenüber Radikalisierungstendenzen in der deutschen Gesellschaft zu begründen, muss darüber hinaus auf die unangemessene Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und vermeintlich extremistischen Einstel-

lungen von Schüler*innen hingewiesen werden. Das in den Sozialwissenschaften umstrittene Konzept »Extremismus« wird in der Stellungnahme ohne kritische Einordnung auf Kinder und Jugendliche übertragen. Die Gefahr, die von dieser Konstruktion sowie von der Gleichsetzung und Relativierung verschiedener Phänomene politischer Entfremdung und Radikalisierung ausgeht, wird nicht reflektiert. Die stark verkürzte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Einstellungen von Kindern und Jugendlichen ist in dieser Form problematisch. Auch das Unterkapitel zur »Bedeutung der Schule für die Entwicklung demokratischer Einstellungen und politischer Partizipation« lässt zentrale Diskursfelder aus und bezieht relevante empirische Erkenntnisse nicht mit ein. So zeigen Studien der letzten Jahre, dass Schüler*innen mit Formaten der Alibi-/Scheinpartizipation, auch in der Schule, konfrontiert sind und den Eindruck gewinnen, an entscheidenden Stellen nicht an Demokratie mitwirken zu können. Die Forderung nach einer Stärkung der demokratischen Schulentwicklung ohne hinreichende Auseinandersetzung mit nicht-demokratischen Strukturen erscheint insofern nur bedingt tragfähig.

Selektive Wahrnehmung existierender Forschung zur Demokratiebildung

Weiterhin werden im Rahmen der SWK-Stellungnahme wesentliche, für die Demokratiebildung essenzielle Perspektiven und Zugänge außer Acht gelassen. Diese Vernachlässigung beeinträchtigt die Möglichkeit, das Feld sowohl konzeptionell als auch praktisch weiterzuentwickeln. Ebenso wenig finden relevante Bestandteile der Demokratiebildung wie die Demokratiepädagogik, die sozio-ökonomische Bildung, die rassismus- und antisemitismuskritische Bildung, soziologische Perspektiven, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) oder Digital Citizenship Education ausreichend Beachtung. Die Stellungnahme befördert in diesem Zusammenhang eine unzulässige Verengung des Diskurses und blendet wichtige Impulse für die bildungspolitische, didaktische und theoretische Weiterentwicklung aus. Auch auf fachmethodischer Ebene bleibt die Stellungnahme selektiv. Es wird nicht hinreichend begründet, warum bestimmte methodische Zugänge, empirische Befunde und theoretische Konzepte hervorgehoben werden, während andere, potenziell ebenso relevante Perspektiven und Erkenntnisse gar keine Erwähnung finden. Diese einseitige Betrachtung schwächt die Fundierung der Argumentation erheblich.

Eingeschränkte Perspektive auf die schulische Praxis

Die Stellungnahme weist auch bei der Beschreibung der bildungspolitischen, curricularen und praktischen Gegebenheiten und Formate in den Bundesländern deutliche Schwächen auf. Aussagen, dass gerade in den nicht-gymnasialen Schulformen Verbundfächer dominieren (in großen Flächenländern wie Bayern und NRW ist in der Oberstufe gerade der sozialwissenschaftliche Ansatz vorherrschend), die (ab-)wertende Kategorisierung weit verbreiteter sozialwissenschaftlicher Ankerfächer der politischen Bildung als »gesellschaftswissenschaftliche Verbundfächer« sowie die Priorisierung der Fächer Politik und Geschichte gegenüber anderen Fächerformaten zeugen von einer nur unzureichenden Auseinandersetzung mit der disziplinübergreifenden Debatte zur Etablierung der Demokratiebildung angesichts pluraler Traditionen und Formate in den Ländern. Darüber hinaus wird die reale Vielfalt der Demokratiebildung auf Landesebene angesichts bestehender landesspezifischer Initiativen zur Förderung der Demokratiebildung nicht angemessen berücksichtigt. Zentrale Prinzipien der politischen Bildung wie die Subjektorientierung, die auch in vielen curricularen Vorgaben der Bundesländer verankert ist, finden in der Stellungnahme nahezu keine Erwähnung. Diese pädagogische und fachdidaktische Vereinseitigung beeinträchtigt die wissenschaftliche Stringenz und die praktische Relevanz der Stellungnahme erheblich.

Förderung der Demokratiebildung auf unterschiedlichen Ebenen begrüßenswert

Abschließend ist – trotz der aufgezeigten Kritikpunkte – die grundsätzliche Intention der SWK, die Bedeutung der Demokratiebildung hervorzuheben, nachdrücklich zu begrüßen. Vor allem die Empfehlungen, »Demokratiebildung auch als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip« weiterzuentwickeln und ein durchgängiges Unterrichtsangebot für Fächer der politischen Bildung zu schaffen, stellen wichtige Bestandteile einer Förderung der Demokratiebildung an Schulen dar. Diese Förderung muss jedoch notwendigerweise um eine institutionelle Förderung auf allen Ebenen und für alle Schulformen sowie eine Etablierung von mindestens zwei Stunden politischer Bildung pro Woche ab der ersten Klasse im regulären Stundenplan ergänzt werden. Hier können erfolgreiche Initiativen der Bundesländer, Fächern der Demokratiebildung in unterschiedlichen Schulformen mehr Raum zuzuweisen und durch gezielte bildungspolitische Förderung die Stärkung der De-

mokratiebildung voranzutreiben – die in der SWK-Stellungnahme nicht beachtet werden –, als Modelle herangezogen werden. In diesem Zusammenhang gilt es, zu einer stärkeren Vernetzung und Unterstützung bestehender Ansätze und Akteure im Bereich der Demokratiebildung beizutragen, um langfristig wirksame Strukturen zu etablieren. Die inhaltliche, methodische und bildungspolitische Engführung der SWK unterstützt diesen Prozess in ihrer aktuellen Form nicht. Die einschlägigen Fachverbände fordern daher eine Überarbeitung der Stellungnahme.

19. Dezember 2024

Prof. Dr. Alexander Wohnig, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Prof. Dr. Marc Partetzke, Sprecher der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)

Prof. Dr. Markus Gloe, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)

J.Prof. Dr. Anja Bonfig, Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)

Prof. Dr. Jörg Strübing, Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Aus dem DGS-Vorstand

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, zunächst möchte ich mich bei Ihnen und Euch für die Teilnahme an den Wahlen zum Vorsitz der DGS und zu den Gremien Vorstand, Konzil sowie studentischer Beirat bedanken. Die Wahlbeteiligung war hoch, ähnlich wie bei den letzten Wahlen – das ist wichtig und gut so. Für die Organisation, technische Umsetzung und reibungslose Durchführung sei Marcel Jablonka, der Geschäftsstelle und dem Wahlleiter Georg Vobruba besonders gedankt.

Die von den Sektionen nominierte Kollegin Monika Wohlrab-Sahr ist neue Vorsitzende der DGS, ihre Amtszeit beginnt am 21. März 2025. Herzliche Gratulation und eine glückliche Hand! Auch allen neuen Mitgliedern des Vorstandes und des Konzils sowie des Beirats gratuliere ich zu ihrer Wiederwahl beziehungsweise ihrem neuen Amt. Ganz besonders ausdrücklich bedanke ich mich bei allen, die aus dem Vorstand ausscheiden für ihr tolle Arbeit und ihr Engagement für die DGS: Jörg Strübing als stellvertretender Vorsitzender und für seine unverzagte Arbeit im Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre; Dirk Baecker, der über die letzten Jahre hinweg unsere SOZIOLOGIE professionell und kreativ geleitet hat; Tobias Boll, der sich unter anderem so engagiert für den übernächsten Kongress Austragungsort Mainz einsetzt und der die Sektionen seitens des Vorstands betreut und als Scharnier zwischen ihnen und dem Vorstand wunderbar und produktiv agiert hat; Daniel Witte, der für die DGS unermüdlich im internationalen Wissenschaftsnetzwerk Kontakte geknüpft und Initiativen angeschoben hat. Eine davon, nämlich ein strukturierter Austausch mit der Israelischen Gesellschaft für Soziologie nimmt aktuell konkrete Formen an. Sie werden bald dazu eingeladen werden. Die gesamten Wahlergebnisse finden sich in diesem Heft auf Seite 219.

Weiter geht es mit den Gratulationen (und dem Dank): Glückwünsch allen Preisträger:innen der DGS, denen die Preise bereits formal und still verliehen wurden; auf dem Kongress im September in Duisburg werden sie mit der gebotenen offenen fachlichen Würdigung übergeben. Und ein großer Dank an alle, die sich in den Preiskommissionen engagiert haben: Es ist gleichermaßen Arbeit und Privileg, so viele hervorragende Arbeiten aufmerksam zu lesen und mit Kolleg*innen zu diskutieren. Neben dem Preis für das hervorragende wissenschaftliche Lebenswerk an Elisabeth Beck-Gernsheim, dem Thomas A. Herz-Preis für qualitative Sozialforschung an Antje Daniel sowie der diesjährigen Doppelauszeichnung für herausragende Leistung auf dem Gebiet der Öffentlichkeitswahrnehmung an Steffen Mau

und das Nachrichtenportal SOZIOPOLIS findet Ihr/finden Sie alle Ausgezeichneten auf unserer Homepage soziologie.de/dgs/preise. Steffen Mau wird den plenaren Abschlussvortrag des diesjährigen Kongresses halten. Sie sehen, es gibt neben dem ohnehin reichen und vielfältigen Programm der Sektionen, Plena und ad hoc Gruppen (und Party) mehr als genug Grund, sich auf den analogen Kongress in Duisburg zu freuen!

Nach dem Wiedereinstieg in das CHE-Hochschulranking, über das wir in den letzten Ausgaben der SOZIOLOGIE ausführlich berichtet haben, wird das Portal »Studium.org« im Laufe des Jahres aufgelöst. Angesichts der weitgehenden Anpassung der Erhebung und der Auswertungskriterien an die Vorstellungen des Faches ist die Auflösung von »Studium.org« der konsequente Schritt, der den Volleinstieg in das CHE-Hochschulranking besiegelt.

Der Vorstand hat mit großer Eindeutigkeit entschieden, die Kurznachrichtenplattform X zu verlassen. Seit der Übernahme durch Elon Musk ist diese Plattform zunehmend und inzwischen überwiegend geprägt von Wissenschaftsleugnung, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen sowie menschenverachtende Hass und Hetze. Die DGS verurteilt dies zutiefst und wird sich daran nicht weiter beteiligen. Der Account wird weiterhin als Archiv erhalten. Aktuelle News können über Bluesky oder Mastodon sowie unseren Instagram Kanal abgerufen werden, in Bälde werden wir auch verstärkt über die Plattform LinkedIn kommunizieren.

Daran anschließend bleibt es auch weiterhin eine im Vorstand viel diskutierte Frage, ob, wie und wann wir als wissenschaftlicher Fachverband wozu öffentlich Stellung beziehen oder eben auch nicht. Beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz handelte es sich noch um ein für uns genuin zu adressierendes forschungs- und hochschulpolitisches Thema, zu dem wir auch fachlich reiche Expertise haben. Bei Themen wie internationale Konflikte (Russlands Angriffskrieg, der Hamas-Terror vom 7. Oktober und der anschließende Krieg etc.) oder auch innenpolitische Entwicklungen (zum Beispiel Wissenschaftsfeindlichkeit einzelner Parteien) ist die Entscheidung zu öffentlichen Einlassungen schon schwieriger. Manche Entwicklungen sind gravierend, und doch sind Stellungnahmen ein sich abnutzendes und unter Umständen wohlfeiles Instrument, das der habituellen Ausstellung der Haltung womöglich mehr dient als einer guten Sache, zu der wir redlich etwas sagen können. Wir haben Konsultationen mit anderen Fachverbänden angestoßen, um dies zu diskutieren, wünschen uns eine lebhaftige Diskussion dazu auch in der DGS und sind gespannt, wie der neue Vorstand mit dieser Frage umgeht.

Ich möchte mich zum Abschluss persönlich bedanken für Ihr und Euer Vertrauen, Ihr/Euer Engagement und ausdrücklich auch für so manche (überwiegend) kollegiale Kritik, die ich als Vorsitzende in den beiden Legislativen erfahren habe. Ich habe dabei unendlich viel gelernt und hoffe, zum Wohle der DGS agiert zu haben. Marcel Siepmann und den anderen im Team der Geschäftsstelle der DGS, ohne die nichts ginge und vieles sicherlich schlechter (sowie unlustiger), bin ich ebenfalls dankbar.

Mit Zuversicht, dass die DGS auch in Zeiten zunehmender autoritärer Zumutungen – die manchen auch Versuchung sind – die plurale soziologische Forschung und Lehre in ihrem Eigensinn verteidigt, weiterhin erfolgreich Forschungs- und Wissenschaftspolitik mitgestaltet sowie zur gesellschaftlichen (Selbst-)Aufklärung beiträgt, sage ich: Es war mir eine Ehre und Freude.

Herzliche Grüße, auch im Namen der Vorstandskolleg:innen,
Paula-Irene Villa Braslavsky

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Im Jahr 2024 hat die DGS 100 neue Mitglieder dazu gewonnen, darunter 24 Studierende. 162 Mitglieder sind ausgetreten und 6 verstorben. Zum Jahresende 2024 hatte die DGS 3.566 Mitglieder.

Neue Mitglieder

Johannes Barth, Bielefeld
Annika Becker, Duisburg
Dr. phil. Tim Böder, Essen
Anna Fünfgeld, Hamburg
Christoph Gollasch, M.A., Berlin
Niels Grote, Stuttgart
Bronia Hänel, Münster
Mirjam Heetkamp, Köln
Dr. Conrad L Luis, Kassel
Amira Malik, Augsburg
Jun.-Prof. Yagmur Mengilli, Tübingen
Yannik Morbach, Nürnberg
Yann Rees, Bielefeld
Samuel Rieger, M.A., Göttingen
Isabelle Sarther, Hagen
Prof. Dr. Stefan Sauer, Kempten
Katherina Schauer, M.A., Dillenburg
Sandra Sieron, Berlin
Prof. Dr. Maik Stöckinger, Rostock
Janna Wichern, Osnabrück
Matthias Wirth, Kevelaer

Neue studentische Mitglieder

Timon Thorsten Ahlborn, Braunschweig
Felicitas Albrecht, Kranzberg
Sophie Bischof, Potsdam
Martin Gawen, Bremen
Antonia Keis, Tübingen
Thore Kugolowski, Hamburg
Julian Alexander Rebien, Tübingen
Linda Schaefer, Heidelberg
Ann-Kathrin Schierok, Dortmund
Jakob Schneider, Berlin
Malte Uecker, Berlin

Austritte

Ass.-Prof. Wolfgang Aschauer, Salzburg
Marco Bauschus, Duisburg
Kamil Bembnista, Erkner
Prof. Dr. Martin Diewald, Bielefeld
Dr. Alexander Dobeson, Kopenhagen
Thorsten Euler, Hamburg
Dr. Oskar Ilja Fischer, München
Prof. Dr. Wolfgang Gabbert, Hannover
Ursula Greil, München
Christopher Grieser, Berlin
Dr. Bontu Lucie Guschke, Berlin
Prof. Dr. Michael Hartmann, Darmstadt
Peter Kahlert, München
Prof. Dr. Sven Kesselring, Geislingen
Christian Koschatzky, Bonn
Daniel Krampe, Frankfurt am Main
Felix Lang, Potsdam
Dr. Inga Laß, Victoria (Australien)
Jonas Lohmüller, Bonn-Bad Godesberg
Dr. Franziska Meinherz, München
Salma Soukayna Mekkes, Berlin

Lea Müller, München
Clara Neff, München
Dr. Sebastian Nessel, Wien
Andreas Prosch, Karlskron
Lena Schulz, Göttingen
Sebastian Schuster, Brüggen
Prof. Dr. Maja Suderland, Darmstadt
Katja Thiele, Berlin
Dr. Victoria van der Land, Frankfurt am Main
Jonas Weik, Nürnberg
Dr. Simon Weingärtner, Hannover
Dipl. Soz. Luigi Wenzl, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Christof Wolf, Mannheim
Dr. Susanne Worbs, Nürnberg
Jakob Zwiers, Berlin

Verstorben

Matthias Herfurth, Bonn